

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veränderungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen für die Anzeigen entgegen. - Erhalten meistlich. Preis: 10 Pf. - Anschlag Nr. 53.

Anzeigenpreise für die Anzeigen... Preis: 10 Pf. - Anschlag Nr. 53.

Telegramme: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postamt-Nr. 194

Nr. 112

Mittwoch, den 14. Mai 1924

19. Jahrgang

Poincaré will am 1. Juni zurücktreten.

Wie wir schon gestern kurz melden konnten, hat Poincaré die Absicht erklärt, am 1. Juni zurückzutreten. Ueber die näheren Gründe und Folgen dieses Rücktritts unterrichten die folgenden Meldungen:

Paris, 13. 5. Poincaré hatte gestern Abend noch mit mehreren Ministern Besprechungen. Er sieht die Lage wie folgt: Der linke Block habe dem Rechtsblock 100 Sitze abgenommen; der linke Block bestehe aus drei, der rechte aus vier Parteien. Beide Blöcke hätten wenn innerpolitischen Zusammenhang. Poincaré könnte eine Mehrheit für sich finden, aber er glaubt, daß man der neuen Orientierung Rechnung tragen und den Siegern die Verantwortung überlassen müsse. Daher betrachtet sich Poincaré von heute ab nur noch als Geschäftsführer und enthält sich jeder Initiative. (?) Er verzichtet auf den Besuch von Chequers. Die Krise muß noch seiner Ansicht vor dem 2. Juni gelöst werden.

Poincarés Rücktritt wird in maßgebenden Kreisen viel bedauert, wenn es auch nur vorübergehend sein dürfte. Aber man versteht hier das Verhalten dieses gewissenhaften Befolgers der republikanischen Verfassung. Auch der Staatspräsident wird, wie verlautet, die Konsequenzen aus dem Ausfall der Wahl ziehen.

Die Entscheidung muß davon ist man hier überzeugt, bald fallen. Die fremden Währungen sind plötzlich gestiegen. Die Finanzminister, die vor einem Monat den französischen Franken unterstützten, müssen bald wissen, ob die bisherige Finanzpolitik weiter befolgt wird, und sie können das nur aus dem Munde der neuen Regierung erfahren. Diese hat selbst das Interesse, daß die Kurie nicht in Verwirrung geraten. Politische und parlamentarische Kreise glauben an die Berufung Herriot's.

Der „Matin“ bezeichnet heute früh als die Besten des gestrigen Tages die Monarchisten und die Kommunisten. Weder die weiße noch die rote Gewalt konnte einen Erfolg verzeichnen; weder die Monarchisten noch die Sowjets hätten in Frankreich Aussicht. Ebenso beklagt sein die Clemenceauxisten. Der linke Block habe fast die Hälfte der Mandate für sich. Eine Königin von Frankreich hätte einst gesagt: „Gut geschnitten mein Sohn, jetzt muß du nähen!“ Und das Blatt zweifelt, ob der linke Block werde „nähen“ können, d. h. ob er einzig bleiben werde.

London glaubt nicht an Aenderung der Ruhrpolitik.

Die englische Presse ist übereinstimmend der Ansicht, daß die Niederlage Poincarés auf rein innerpolitische Verhältnisse zurückzuführen sei, die von ihm zugunsten seiner Außenpolitik ständig vernachlässigt wurden. Der französische Wähler hat an seine wirtschaftlichen Sorgen, an die Teuerung und an die Schulden gedacht und der Regierung seine Meinung sagen wollen. Die englische Öffentlichkeit glaubt also, daß der Ausfall der Wahlen kein Urteil über die Außenpolitik Poincarés und besonders über seine Ruhrpolitik darstelle; aber die Meinungen sind nicht ganz so einig in Bezug auf die Frage, ob nun trotzdem auch auf diesem Gebiete eine Aenderung eintreten werde. Der maßgebende Teil der englischen Wähler scheint daran allerdings vorläufig nicht zu glauben, insbesondere die „Times“ weist mit Nachdruck darauf hin, daß es die Gegner Poincarés während des Wahlkampfes nicht gewagt haben, seine Ruhrpolitik anzuzweifeln. Es sei noch zu früh, die Wirkung der Wahlen auf die auswärtige Politik abzuschätzen; aber vermutlich werde kein plötzlicher Wechsel in der bisherigen Haltung Frankreichs einzutreten. Sowohl in Deutschland wie in Frankreich zeigte der Ausfall der Wahlen, daß die Durchführung des Sachverständigenratens eine Notwendigkeit für Europa sei, obgleich sich in den beiden Ländern einig Widerstand bemerkbar machte. Die englische Regierung werde jedenfalls bereit sein, mit jeder französischen Regierung in enge und freundschaftliche Beziehungen zu treten, um gemeinsam am Aufbau des europäischen Friedens zu arbeiten.

Die französisch eingestellte „Morningpost“, die Poincaré immer als Stütze der europäischen Reaktion mit größter Verehrung behandelte, ist schon weniger zurückhaltend und gibt ihrem großen Kummer über das Ergebnis Ausdruck. Sein Schicksal sei mit dem von Venizelos und Wilson zu vergleichen, aber es sei unendlich schwer zu sehen, welche andere Außenpolitik ein Nachfolger betreiben könnte.

Dagegen glaubt der „Daily Telegraph“, die französische Wählerschaft habe unter der steigenden Forderung Frankreichs gelitten und sehr wohl einen Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Not und der Ruhrpolitik erkannt. Die französische Politik würde deshalb eine Aenderung erfahren, die die Durchführung

des Sachverständigenberichts würde dadurch erleichtert werden.

„Daily Mail“ besagt, daß Poincaré gerade in dem Augenblick fiel, wo er sein Ziel zu erreichen schien. Frankreich habe sich nach links gewendet und den Willen zum Frieden in dem gleichen Augenblick bekundet, da in Deutschland „die Junker“ regten.

Das bedeutendste Blatt auf Seiten der Liberalen, die „Daily News“, ist in Bezug auf eine außenpolitische Aenderung ebenfalls sehr vorsichtig. Man kann vorläufig nur erklären, daß das französische Volk den Wechsel in der Führerschaft aber doch keineswegs einen Wechsel in der Politik verlangt habe.

Dagegen sagt „Daily Chronicle“, der Sturz Poincarés werde jedenfalls eine Wohltat für die Welt bedeuten. Solange er am Ruder gewesen war, konnte eine Verständigung zwischen Paris und London niemals zustandekommen, ganz gleich auch, welche Parteien und welche Persönlichkeiten auf englischer Seite die Verhandlungen führten. Poincaré wollte Frankreich nicht nur zur militärischen, sondern auch zur wirtschaftlichen Vormacht Europas machen, die er auf den Ruinen der deutschen Wirtschaft ausbauen wollte.

Die deutschen Eisenbahner gegen das Sachverständigengutachten.

Die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner hat am Sonntag in den 20 Sigen der Reichsbahndirektionen große Kundgebungen gegen das Gutachten der Sachverständigen veranstaltet. In der Berliner Kundgebung kam der Redner zu dem Schluß, daß das Gutachten der Sachverständigen unmöglich den deutschen Arbeitnehmern zur Annahme empfohlen werden kann. Würden Reichsbahn und deutsche Arbeitnehmer das Gutachten der Sachverständigen über die Deutsche Reichsbahn annehmen und ausführen, dann würden die gesamten deutsche Arbeitnehmer 5 1/2 Milliarden Arbeitsstunden im Jahr abzuliefern haben für die anderen Ententestaaten. Dies vollkommen unmöglichen Bestimmungen könne keine deutsche Regierung annehmen. Insbesondere wandte sich der Redner dagegen, daß gerichtlich verurteilt, daß das Reichsverkehrsministerium beabsichtige, die Beamten der Deutschen Reichsbahn sämtlich in Arbeiter- oder Angestelltenverhältnis überzuführen.

In den Versammlungen wurde eine Entschliebung angenommen, in der es heißt: Die Kundgebung der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner in Berlin fordert, nachdem die deutsche Regierung in Verhandlungen über das Sachverständigengutachten eingetreten ist, daß als Voraussetzung für die Behandlung der deutschen Reichsbahnfrage nachstehende Lebensfragen des Personals in bejahendem Sinne gelöst werden:

1. Freilassung aller auf Grund des Ruhrwiderstandes noch in Gefängnissen Schmachenden.
2. Unverzügliche Rückführung der Vertriebenen.
3. Sicherung der rechtlichen und sozialen Verhältnisse des Eisenbahnerpersonals.
4. Sicherung einer angemessenen Besoldung und Entlohnung.

Ferner fordert die Entschliebung, daß die gesamte Deutsche Reichsbahn in einer einheitlichen Gesellschaft zusammengefaßt werde. Die Tarifhoheit müsse beim Deutschen Reich verbleiben. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen der deutschen Regierung und der Leitung der Eisenbahngesellschaft solle eine deutsche Kommission entscheiden. Der Eisenbahnkommissar solle nicht das Recht haben, Teile der Eisenbahn zu verpfänden oder zu verkaufen. Die Rechte des Eisenbahnkommissars wie sie im Gutachten vorzusehen sind, seien für Deutschland untragbar. Die Möglichkeit, daß dieser Kommissar durch Einfordern beliebiger Statistiken in der Lage sei, eine weitgehende Handelsespionage zu betreiben, müsse beseitigt werden.

Das Reichskabinett stellt die Vertrauensfrage.

Wie aus Berlin gemeldet wird, hat das Reichskabinett in seiner letzten Sitzung sich entschieden, im Reichstag die Vertrauensfrage zu stellen. Die bisherigen Koalitionsparteien seiten ihre Bemühungen fort. Besonders das Zentrum, um eine Mehrheit für das Kabinett Mary-Stresemann auch im neuen Reichstag zu standzubringen.

Die alte „Arbeitsgemeinschaft der Mitte“.

Zu der Meldung, daß in den letzten Tagen eine Besprechung stattgefunden habe mit dem Ziel der Schaffung eines „Nationalen Blocks der Mitte“, der Deutschen Volkspartei, Zentrum, Demokraten und Bayerische Volkspartei zur Bildung einer Koalition des neuen Reichstags

die auf diese Weise das Recht der Uebertragung der Regierungsbildung, die Stellung des Reichspräsidenten und alle parlamentarischen Vorrechte für sich in Anspruch nehmen könnte, und bei dem Reichsminister Dr. Stresemann anklingend der Vater des Gedanken ist, wird dem Berliner Volksanzeiger aus führenden, parteilichen Kreisen mitgeteilt, daß es sich bei diesem Zusammenschluß nicht um eine Verschmelzung zu einer einzigen Fraktion handeln solle, sondern um nichts anderes als um das Wiederaufleben der im vorigen Reichstag vorhandenen Arbeitsgemeinschaft der Mitte. Der Zweck dieses erneuten Zusammenschlusses, über den noch keinerlei verbindende Verhandlungen stattgefunden haben, die ja auch vor dem Zusammentritt der Fraktionen selbst gar nicht möglich wären, sei nicht in einer bestimmten Einstellung zum Sachverständigengutachten zu suchen, sondern das Ziel des Zusammenschlusses solle vielmehr ebenso wie früher darin bestehen, daß die genannten Parteien in allen denjenigen, inner- wie außenpolitischen Fragen in denen sie eine gemeinsame Politik vertreten, auch gemeinsam vorgehen.

Die wachsende Kreditnot.

Erklärungen des Ministers Lütger.

In einer Versammlung der Vertreter von Handel, Industrie und Gewerbe in München sprach Montagabend der Reichsfinanzminister Dr. Lütger über wirtschaftliche und finanzielle Fragen des Deutschen Reiches. Besonders beschäftigte er sich mit der steigenden Kreditnot und erklärte, er sehe mit ersten Empfindungen in die Zukunft, weil ihm nicht erfindlich sei, wo die Kreditentlastungen herkommen sollen. Der Minister verwies auf unsere seit dem Monat Januar steigende passive Handelsbilanz. Als einen Trost bezeichnete er es, daß eine neue Inflation unmöglich sei, und daß wieder wertbeständig gespart werden könne. Wir müßten die Währung erhalten, weil ein Verfall die schlimmsten Folgen zeitigen müßte. Bis zum Zeitpunkt der Goldwährung müßten wir auf der jetzigen Währungsgrundlage weiterwirtschaften. Der Minister meinte zum Schluß, es würden uns vielleicht noch harte und schwere Prüfungen treffen, wir müßten aber alles dem einen Ziele opfern: Wieder in der Weltwirtschaft etwas zu gelten.

Auch die Micum-Jechen streiken.

Essen (Ruhr), 13. Mai. Gestern Abend haben auch auf den von der Micum beschlagene Jechen die Belegschaften die Einfahrt verweigert. Dadurch ist eine außerordentlich ernste Lage geschaffen, da Sanktionen angehängt sind. Der Jechenverband hielt auch gestern Abend noch an seiner ablehnenden Haltung gegenüber den Einigungsversuchen fest.

Belgien leidet an Kohlenüberfluß.

Der Brüsseler Berichterstatter der „Deuvre“ berichtet über die Schwierigkeiten, die auf dem belgischen Kohlenmarkt durch die verstärkte Zufuhr von Ruhrkohle entstanden. Die sozialistischen Abgeordneten Delatte und Tujardin, Vorsitzender bzw. Sekretär der belgischen Bergarbeiterzentrale, erklärten in einem Brief an den sozialistischen „Peuple“, sie ständen auf dem Standpunkt, daß Belgien Reparationskohle brauche, aber nur in einem Maße, das den Bedürfnissen des Marktes entspreche und übertriebene Preissteigerungen hindere. In den letzten Monaten seien jedoch die von der Micum gelieferten Kohlenmengen über dieses Maß hinausgegangen, da Belgien zurzeit eine Million Tonnen Kohle auf Lager habe und auf den Kohlenmengen Arbeitslosigkeit herrsche. Es wäre also zweckentsprechend, wenn die Verteilungsstelle für deutsche Kohle diese Sachlage berücksichtige.

Schließung einer Pfalzhilfsstelle in Karlsruhe.

Das badische Innenministerium teilt mit: In Heidelberg wurde seit einiger Zeit von privater Seite eine Hilfsstelle für die Pfalz unterhalten, die ausschließlich mit der ehemaligen Pfalzzentrale in Mannheim identifiziert wird. Diese Hilfsstelle beschäftigte sich mit der Unterstützung von in Not geratenen Pfälzern und hielt auch mit bestimmten Kreisen der Pfalz enge Verbindung. In einer Note Frankreichs, Englands und Belgiens über die Geheimverbände im besetzten Gebiet, die in jüngster Zeit der Reichsregierung zugestellt wurde, wird besonders auf die Tätigkeit der sogenannten „Freihand“-Unternehmungen in Heidelberg und Mannheim hingewiesen. Es wurde festgestellt, daß für die von alliierter Seite aufgestellten Behauptungen jede tatsächliche Grundlage fehlt. Die Hilfsstelle für die Pfalz hat aber ihre Aufgabe in einer Weise ausgeführt, die zu sehr bedenklichen Unzulänglichkeiten und Ob-

erläubt hat... SLUB Wir führen Wissen.

mangelvolligkeiten führte, indem sie unwürdige Personen mit Geld verlor, welches diese dann zu Ausschweifungen und Exzessen verwendeten. Hiergegen mußte die Polizei in Heidelberg wiederholt einschreiten. Nach der Art der unterfertigten Personenzettel liegt es nahe, daß immer wieder die Meinung auftauchen konnte, die Ausschäftsstelle besaße sich auch mit Dingen, die von der territorial verantwortlichen, hoheitberechtigten badiſchen Regierung im deutschen Interesse nicht übersehen werden dürfen. Um die Lücke dieser immer wieder auftauchenden Gerüchte ein für allemal zu verstopfen, wurde deshalb die Schließung der Ausschäftsstelle veranlaßt.

Wie die Boffische Zeitung aus München meldet, hat die bayerische Regierung gegen die von der badiſchen Regierung verfügte Schließung der Ausschäftsstelle für die Pfalz in Heidelberg bei der Reichsregierung Einspruch erhoben.

Deutscher Tag auch in Breslau.

Wittermeldungen aus Breslau zufolge planen die Deutschvölkischen dort für den nächsten Sonntag eine große nationalpolitische Kundgebung, die gleichfalls den Namen „Deutscher Tag“ tragen und mit einer Fahnenweihe des Stahlhelms verbunden sein soll. Der republikanische Arbeiterklub „Schwarz-Rot-Gold“ kündet für denselben Tag eine Gegenkundgebung an. — Auch im Berliner Stadion wollen die Deutschvölkischen Wittermeldungen zufolge am Sonnabend, den 24. Mai, eine ähnliche Parade abhalten, wie sie in Halle stattgefunden hat. Nach weiteren in Berlin vorliegenden Meldungen beabsichtigen die Deutschvölkischen in Ober-Schwabau bei Berlin Veranstaltungen unter freiem Himmel abzuhalten. Der „Vorwärts“ fordert im Anschluß an die Wiedergabe dieser Meldung die republikanisch-freischheitlichen Massen auf, sich zur Abwehr zusammenzuschließen.

Wie das Berliner Tageblatt hört, hat das preußische Ministerium des Innern die Genehmigung zu der in Breslau für den nächsten Sonntag angekündigten großen nationalpolitischen Kundgebung verweigert. Angekündigt ist nur eine Versammlung im Saale, die vorchriftsmäßig angemeldet worden sei.

Reichsparteitag der Deutschen Nationalpartei in der Tschchoslowakei.

In Tetſchen an der Elbe begann am 9. Mai der Reichsparteitag der deutschen Nationalpartei in der Tschchoslowakei, der unter der Devise „Selbstbestimmung und Volksfreiheit“ stand. Der Parteitag hatte einen glänzenden Verlauf. Herr Dr. v. Bodemann-Muer brachte in einem politischen Referat den nationalen Willen der Sudetendeutschen und ihre Anhänglichkeit zum deutschen Volke zu lebhaftem Ausdruck, indem er zugleich bedauerte, daß die nationale Einigung Deutschlands keine vollständige sei, da noch immer Millionen Deutscher von den Grenzen des Reiches ausgeschlossen seien.

Der Parteitag faßte folgende Entschlüsse: Der Parteitag der Deutschen Nationalpartei in der Tschchoslowakei erklärt die Gründung und die Bestimmung des tschchoslowakischen Staates als ein Mittel der französischen Machtpolitik zur Sicherung der Barriere Friedensverträge, welche die ewige Verflüchtung des Deutschlands in Europa bedeuten. Sie zu befechtigen, ist die Aufgabe jeder großdeutschen Politik, mag sich diese innerhalb oder außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches betätigen. Die Sicherung eines wahren Friedens in Europa wird nur erfolgen, wenn seinen Vätern vergönnt ist, in Freiheit zu leben; ihre Freiheit ist aber nur gewährleistet, wenn sie ihr staatspolitisches und damit auch nationales, wirtschaftliches und kulturelles Selbstbestimmungsrecht erlangen.

Das Chamäleon.

Von Epen Elvestad.
Autorisierte Uebersetzung von Gertrud Bauer.

Erstes Kapitel.

Der alte Schloßkassierer.

„Wie alt bist du, Hans Christian?“
„Ich bin jetzt bald sechzig Jahre alt, Herr Pfarrer, und mein Haar ist im Dienste des Herrn Generals grau geworden. Fragen Sie ihn, wann er heimkommt, ob ich ein Ahaener bin oder ein ehrlischer Mann.“

„Aber die Augen eines Mannes von sechzig Jahren können sich doch einmal irren, Hans Christian, nicht wahr? Ich bin sechzig Jahre alt und habe zuweilen am hellen Tage Schatten vor den Augen. Ich kenne dich, Hans Christian, und weiß, daß du ein Ehrenmann bist, aber man kann sich doch irren.“

„Ich habe noch Augen wie ein Falke, Herr Pfarrer. Vor zwei Monaten habe ich doch die goldene Medaille für Scharfschützen auf fünfhundert Meter bekommen. Der Herr Pfarrer haben mir damals selbst dazu gratuliert.“

Der alte Pfarrer schüttelte sein weißes Haupt.
„Ja, ja,“ murmelte er halb laut. „Aber was soll ich zu dem sagen, was du mir da mitgeteilt hast? Es ist recht traurig, daß der Aberglaube unter dem Volke noch so weit verbreitet ist.“

Hans Christian schlug als alter Soldat die Hacken zusammen.
„Guten Abend, Herr Pfarrer,“ sagte er.

„Was willst du sehen?“
„Ja, ich gehe. Und wiederkommen werde ich nicht.“

Der Pfarrer streckte ihm freundlich die Hand entgegen. „Bist du böse auf mich?“ fragte er.

Hans Christian rüscherte sich.
„Böse?“ sagte er verwundert. „Nein, wie könnte ich mir erlauben, böse auf den Herrn Pfarrer zu sein? Aber ich bin zu Ihnen gekommen, weil ich nicht durfte, so wenn ich sonst hätte gehen sollen, solange der Herr

Der Parteitag erkennt, daß die staatspolitische Befreiung des unterdrückten Deutschland die innere Befreiung von unbedingten Geisteszwingungen und den Willen zur Selbstbehauptung bei jedem einzelnen zur Voraussetzung hat. Daher verwirft der Parteitag die Einstellung der Politik auf die Erlangung wirtschaftlicher Gegenwärtswerte, den Materialismus, mag sich dieser in Gestalt des Marxismus oder aber in der Form bürgerlicher Berufsparteien äußern. Der Parteitag lehnt es ab, sich unangebrachten Ergebnisses Kundgebungen deutscher Vertreter anzuschließen, zumal diese begreiflicherweise an den Zwecken des Staates und somit an den politischen Methoden des herrschenden Volkes nichts ändern werden. Die Befreiung oder auch nur Berücksichtigung des Sudetendeutschums ist eine Frage der politischen Macht und wird niemals durch den ergebenden Hinweis auf sein politisches Verhalten erlangt werden.

„Volkskundgebung“ unter Sowjetregie.

Neue Moskauer Entschlüsse.

Moskau, 12. Mai. Heute und gestern fanden hier Kundgebungen statt, die sich gegen den Vorfall in der russischen Handelsvertretung in Berlin richteten und aus neue Beweisen, wie ausgezeichnet die Regie der Sowjetregierung bei der Veranstaltung sogenannter Volkskundgebungen „Kapit“, Anlaßlich der Einweihung des Denkmals zum Gedächtnis des in Louanne ermordeten Borowski hielten gestern Tschitscherin, Litwinow und Krasin Reden. Tschitscherin ging dabei so weit, den Berliner Fallschirmfall als eine Tat hinaustellen, die dem Louanner Mord gleichzusetzen sei, als ein Akt der Reaktion gegen die Sowjetrepublik im Ausland. Tschitscherin nannte weiter den Berliner Zwischenfall einen Vandalenüberfall der deutschen Polizei. Einige hundert Teilnehmer der Denkmaleinweihung wollten vor die deutsche Vertretung ziehen, wurden jedoch durch Militär, das die Ausgangsstraßen abgesperrt hatte, daran gehindert.

Deute forderte auch Trotski in scharfen Redewendungen auf dem Kongreß der Sozialisten volle Genugtuung für den „Berliner Ueberfall“ und sprach von der angeblichen tiefen Erregung der russischen Bevölkerung über dieses Ereignis. In Wirklichkeit ist von einer Erregung in den Massen jedoch nirgends etwas zu merken.

Sowjetische in Berlin.

In den Berliner Straßen sind Montag früh wieder Flugblätter entworfen worden, die zu politischen Straßendemonstrationen am Donnerstag auffordern gegen die Vorfälle in Halle und gegen die politische Forderung der Sowjethandelsvertretung in Berlin. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat eine Verbotung beim Minister des Innern über die Vorgänge in Halle nachgesucht, die der Minister für Mittwoch früh zugesagt hat.

Ungehörte Forderungen Russlands.

Einhalb Million Goldmark Schadenersatz an die verhafteten Russen.

Rotterdam, 13. Mai. Die „Morningspost“ meldet aus Moskau: In einem amtlichen Leitartikel der „Sowjetlija“ wird betont, daß die Sowjetregierung niemals einem Kompromiß mit Deutschland zustimmen werde. Wenn nicht eine befriedigende Genugtuung erteilt werde, würden energische Maßnahmen ergriffen und die diplomatischen Beziehungen abgebrochen. Die bei der Durchsicherung der Berliner Handelsvertretung festgenommenen Angestellten, die inzwischen auf freien Fuß gesetzt worden sind, haben der „Pravda“ zufolge Schadenersatzansprüche von einer halben Million Goldmark gestellt.

Der Kampf um Stresemann. Die Deutsche Volkspartei hat in einer Besprechung ihrer Führer in Berlin am Sonntag die Zugehörigkeit der Volkspartei zu einer neuen Regierungskoalition von der Verfassung Dr. Stresemanns als Augenminister abhängig gemacht. Wie den Besuchern der Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei in Aue be-

kannt sein wird, hat damals Admiral Brünninghaus mitgeteilt, daß alle Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten mit dem Verbleib Dr. Stresemanns als Außenminister sich für einverstanden erklärt haben für den Fall eines Eintritts der Deutschnationalen in die Regierung.

Das 7. Reichswehrregiment soll sich rechtfertigen. Der Reichswehrminister hat das 7. Reichswehrregiment, das am Sonntag in Halle die Repräsentationskommande und die Musikkapelle gestellt hatte, wegen des Spielens des „Heil dir im Siegertranz“ bei der Enthüllung des Volkstedenkmals zur Rechtfertigung aufgefordert. Der Dirigent der Musikkapelle wurde vorläufig seiner Dienststellung enthoben.

Gemeine Bege der „Deutschen Zeitung“. Die „Deutsche Zeitung“ bringt unter der Überschrift „Die Waise auf der deutschen Gesandtschaft“ einen Bericht aus Riga, wonach der deutsche Gesandte in Riga zur Feier des 1. Mai einen Empfang veranstaltet habe. Diese Mitteilung ist vollkommen unzutreffend. Nach den getroffenen Feststellungen am 1. Mai keinerlei Festlichkeiten auf der deutschen Gesandtschaft in Riga stattgefunden. Der deutsche Gesandte hat am 30. April die Mitglieder der deutschen Gesellschaft sowie eine Anzahl jeder Parteirichtung angehöriger Familien der deutschen Kolonie zu einem geselligen Beisammensein eingeladen, das mit der sozialistischen Waise in keinerlei Zusammenhang stand.

Der völkische Abgeordnete Feder verurteilt. Vor dem Volksgericht München hatte sich der zum völkischen Reichstagsabgeordneten gewählte Ingenieur Feder, der zum Finanzminister der am 8. November im Münchener Bürgerbräu ausgerufenen nationalen Regierung in Aussicht genommen war, wegen Betriffs zum Hochverrat zu verantworten. Das Gericht verurteilte ihn indes lediglich wegen Amtsanmaßung zu einer Geldstrafe von 50 Mark.

Der neue britische Oberbefehlshaber der Rheinarmee. Das englische Kriegsamt gab amtlich die Ernennung des Generalleutnants Sir E. P. Cane zum Oberbefehlshaber der britischen Rheinarmee an Stelle des Generals Sir A. E. Cobley bekannt.

Französische Flottenübungen in der Ostsee. Wie der „Swinesmünder Zeitung“ aus Kopenhagen gemeldet wird, ist dort ein französisches Geschwader von vier Torpedobooten eingetroffen, das während der nächsten sechs Wochen Übungen in der Ostsee abhalten wird. Wie aus Viborg gemeldet wird, wird dort für den 20. Mai gleichfalls ein Geschwader von vier Kreuzern erwartet. Es dürfte sich wohl in beiden Fällen um dieselbe Flottenformation handeln.

Amerika wünscht eine stärkere Kriegsschiffe. Der Unterstaatssekretär der Marine Roosevelt stellte in einem Bericht an die Flottenkommission fest, daß die Marinekräfte Amerikas, Englands und Japans im Verhältnis 4:5:3 ständen, anstatt, wie im Washingtoner Vertrage festgelegt worden sei, im Verhältnis von 5:5:3.

Sächsischer Landtag.

In der gestrigen Sitzung des Landtages wurde zunächst die nachgesuchte Strafverfolgung des Kommunisten Stewert abgelehnt. Sodann wurden Fragen der Disziplinärkommission erledigt, mit denen sich eine Anfrage der Deutschnationalen beschäftigte, die gegen die Wiedereinstellung von radikalen Polizeibeamten Verwahrung einlegten. Der Innenminister Müller erwiderte, daß die betreffenden Polizeistatistiker Major Kretsch und die Hauptleute Höfner und Kiegel nur im Innendienst wieder eingestellt werden seien. Mit dem Wehrkreiskommando habe die sächsische Regierung überhaupt keine bindenden Vereinbarungen getroffen. Soweit jedoch die Reichsregierung in Betracht komme, werde diese schon die sächsische Regierung daran erinnern, wenn sie Abmachungen nicht halte. Darauf begründete Büttcher (Komm.) einen

Wahtrauensantrag gegen den Innenminister Müller.

Unter der Regierung des sozialdemokratischen Innenministers Müller habe der Faschismus in Sachsen ungehindert seinen Vormarsch fortgesetzt. General Müller regiere nach wie vor. Die Polizei sei das Werkzeug

„Das meine ich auch,“ erwiderte Hans Christian. „Und darum bin ich zum Herrn Pfarrer gekommen, der klüger ist als ich. Über wenn mich der Herr Pfarrer zurückweisen dann habe ich eben den Mund zu halten.“

„Aber ich muß doch etwas zweifeln dürfen,“ bemerkte der Pfarrer gereizt. „Du kommst mir mit einer Geschichte, die kein Haar besser ist als die alten Räuber-geschichten. Du hast ein Gespenst gesehen, sagt du; eine geheimnisvolle Gestalt wandelt des Nachts im Hause des Generals umher. Verlangst du wirklich, daß ich das ohne weiteres ernst nehmen soll? Heutzutage glaubt kein Mensch mehr an Gespenster, Hans Christian, niemand als alte Weiber und überspannte Deute. Du fürchtest dich doch sicher nicht vor Gespenstern, alter Schwede?“

„Ich fürchte weder Tod noch Teufel.“
„Hans Christian!“ rief der Pfarrer streng.
„Verzeihen Sie, Herr Pfarrer,“ sagte der alte Diener und schlug die Hacken wieder mit einem Knall zusammen.

„Aber du behauptest doch, in dem alten Haus ein Gespenst gesehen zu haben.“

„Ich habe etwas gesehen,“ erwiderte Hans Christian, und er sagte das so ernsthaft, wie alte Leute pflegen, wenn sie vor dem Rätselhaften stehen und etwas gesehen haben.

„Du hast bei Nacht eine Gestalt durch die Zimmer schreiten sehen?“

„Ja.“

(Fortsetzung folgt.)

Das prächtige Haar

In duffiger Schönheit, Reinheit und Fülle — wie Sie es sich wünschen — erhalten Sie einzig u. allein durch regelmäßige Kopfwäsungen mit dem millionenfach bewährten, sodafreien

KOMBELLA-SHAMPOON

Zu haben: Drogerien Sidor und Lauer & Co., in Lößnitz: Louis Windlach Nachf.

das Gaschrom. In ihr seien reaktionäre Elemente am Werke. Die Sozialdemokratie sei keine Arbeiterpartei. (Sondern ein Strohruß der Faschisten. (Beifall auf der Tribüne.) Am 1. Mai seien Arbeiter und ihre Kinder von der Polizei im Auftrage des Innenministers niedergeknüpft worden. Der Minister verbiete kommunistische Betreibungen wegen Artikeln, die gar nicht da gewesen seien. (Burst. Paul, unterbricht doch meine Rede, bis der Innenminister wieder herinkommt.) Den brauchen wir nicht, wenn nur die Arbeiter unsere Worte hören. Auch die Hisspöcher sei durchaus mitteilich aufgezoogen.

Abg. Siwertz bekräftigte sich alsdann mit der Arbeitgeberausführung und beantragte, die Polizei sofort aus den Ausverruungsgebieten zurückzuziehen und die Ausverruungen in Hauerode aufzuheben. Nachdem sich des ferneren die verschiedenen Parteien teils für, nämlich die Kommunisten und die linkssozialen, teils gegen das Mißtrauensvotum ausgesprochen hatten, wurde der Mißtrauensantrag abgelehnt.

Von Stadt und Land.

Auer, 14. Mai.

Einsseitig bedruckte Frachtbriefe noch bis 31. Dezember 1924 gestattet. Die nach der Verordnung vom 22. Oktober 1923 am 30. Juni d. J. ablaufende Frist für die Verwendung der noch vorhandenen einsseitig bedruckten Frachtbriefe in Ausmaß von 350x300 Millimeter wird bis zum 31. Dezember 1924 verlängert. Frachtbriefe dieser Größe dürfen bis zum genannten Zeitpunkt auch dann verwendet werden, wenn in der Bemerkung am oberen Rande die Worte „sowie das Nachgewicht „Eigentumsmerkmale“ und „des Wagens“ fehlen. Die durch Verordnung vom 25. Februar 1923 vorgeschriebene Verwendung besonderer Frachtbriefe im Verkehr nach und von Ostpreußen wird hierdurch nicht berührt.

Noch eine neue Briefmarke. Die Deutsche Reichspost gibt in nächster Zeit eine neue Freimarke zu 2 Mark heraus. Die Marke hat die Form eines liegenden Rechtecks und ist in sandfarbener in blauer Farbe auf weißem Wellenmusterpapier hergestellt.

Die Auszahlung der Zulagen für den Monat Mai 1924 findet am 15. Mai 1924 im Stadthaus, Zimmer 21, an die in Frage kommenden Kriegsschädigten und Hinterbliebenen statt.

Vom Museumsverein. Die Sammlung von Antiquitäten, die der Museumsverein angelegt hat, ist, wie in der gestrigen zweiten Jahresversammlung des Vereins bekannt gegeben wurde, durch eine umfangreiche Wessensammlung vergrößert worden, die Herr Fabrikbesitzer W. Schreiber zur einwilligen Verfügung gestellt hat. Diese Wessensammlung enthält eine Reihe alter Gewehre bis zurück auf zwei Donnerbüchsen aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges, Pistolen, Säbel und Degen mancherlei Art, darunter zum Beispiel ein Schwert einer Wehringgesellschaft, mehrere Partisanen, Puzerhörner, Helme vom alten Heere wie deutsche und französische Helme aus der Napoleonischen Zeit sowie andere Ausstattungsstücke. Im übrigen ist jetzt auch die Revolutionskammer der Auer Bürgergesellschaft aus der Sturmzeit 1818/49 dem Museum einverleibt, das von nun an Sonntags von vorm. 11 Uhr bis 12 Uhr dem Publikum zugänglich gemacht werden soll. Leider sind augenblicklich die Räumlichkeiten arg beschränkt; wann hier Abhilfe geschaffen werden kann, steht noch dahin. Im November 1924 soll abermals eine Kunstausstellung stattfinden, so wie in verfloßenen Jahren; auch wie damals sollen wieder Kunstgegenstände unter den Mitgliedern des Museumsvereins (soweit sie ihre Beiträge befrachten) und unter den sonstigen Besuchern (die die Lose extra bezahlen müssen) versteigert werden. In der Jahresversammlung teilte man ferner noch den Kassenbestand mit, der natürlich infolge der Inflationsnot des vergangenen Jahres sehr höher ist: 50,70 Goldmark, die Mitgliederzahl: 118, und den Mitgliedsbeitrag, für 1923 als Nachforderung 2 Goldmark und für 1924 — allerdings erst im November zu zahlen — 3 Goldmark.

Altes und Neues über Kaffee. Der Vortrag „Altes und Neues über Kaffee und seine beste und parfümierte Zubereitung“, der am 13. Mai im Saale des Bürgergartens gehalten wurde, brachte den Besuchern viel Wissenswertes über eine Materie, die heute das Interesse jeder Hausfrau findet. Einige historische Betrachtungen über die Aufnahme des Kaffees auf dem europäischen Festlande leiteten zur Geschichte der Kaffee-Erasmittel über. Da wurde nachgewiesen, daß Kaffee und Kaffee-Erasmittel auf eine gleiche umfangreiche Historie zurückzuführen, weil man schon kurz nach dem Auftreten des Kaffees auf dem Festlande ihn mit Erasmitteln mancherlei Art Konkurrenz machte. Erwissermakeln ist es nicht das Koffein, von dem Geschmack und Aroma des Kaffees herabhängt. Auch einseitige Getreidearten und Würzstoffe entwickeln beim Rösten Geschmacks- und Aromastoffe, die denen des Kaffees ähneln. Das ist der Erfolg der Quieta-Werke, daß sie durch langjährige Versuche Bearbeitung und Röftung der Rohstoffe so entwickelten und die Mischung so vollkommen gestalteten, daß das daraus bereitete Getränk im Geschmack und Aroma dem Bohnenkaffee sehr nahekommt. Die hohe Stufe, auf die die Quieta-Werke in Leipzig ihre Fabrikate gestellt haben, sind der Ausbreitung dieser hochwertigen Kaffee-Präparate außerordentlich günstig gewesen. Die Quieta-Werke in Leipzig stellen seit Jahren in ihren Werken Bad Dürkheim in der Pfalz, Augsburg, Gamburg und Leipzig vier hochwertige Kaffee-Erasmischungen mit verschiedenem prozentigem Bohnenkaffee-Zusatz her, die durch ihrer außerordentlichen Ergiebigkeit, ihrem hohen Wohlgeschmack und ihrem billigen Preis die Anerkennung weitestverbreiteter Kreise gefunden haben. In einem Industrie-Film wurde durch eine Reihe sehr instruktiver Bilder der Werdegang der Quieta-Fabrikate vom Einlaufen der Rohprodukte in das Werk an bis zum Versand in den Kartons dargestellt. Die Methode des Röstens, das Wälzen, das Mischen, die Herstellung der Verpackung, das Verpacken und der Transport geben in ihrer Darstellung einen Begriff von der Größe der Quieta-Werke und von der Bedeutung ihrer Produkte für die Allgemeinheit. Angehängte Triebfilme zeigen in lustiger Form die Vermahlung der Kaffeebohne und des Getreides und das Entstehen der Quieta-Mischungen. Vortrag und Film bewiesen aufs Neue die Tatsache, daß die Quieta-Fabrikate wohl in der Lage sind, den teuren und in mancher Beziehung gesundheitsschädlichen Bohnenkaffee völlig zu ersetzen zum

Nutzen der Gesundheit und zum Vorteil der Wirtschaftskasse jeder Flug denkenden Hausfrau.

Flugzeugnotlandung. Ein Flugzeug der Aero-Clubb-Werke Spandau war gestern mittag 2 Uhr zu einer Notlandung infolge Motorstopps und Benzinmangels gezwungen. Die Landung erfolgte glatt auf dem Heller Berg in der Nähe der Blücherstraße. Führer von dem Führer war das Flugzeug mit 2 Herren besetzt. Der Motorstopps wurde behoben und die Weiterfahrt des Flugzeug erfolgte Leute vormittag, nachdem es noch einige Male die Stadt in geringerer Höhe umkreist hatte.

Jedes Mitglied der „Freien Volkshilfe“ erhält seine Marke durch einen Kassierer zugestellt. Diese besondere Angelegenheit, die unsere Volkshilfe ihren Mitgliedern bietet, darf jedoch nicht dahin verstanden werden, als ob derjenige, der ausnahmsweise nicht rechtzeitig mit einer Marke besteuert worden ist, nunmehr nicht mehr verpflichtet sei, seine Vorstellung zu bezeichnen. Es ist möglich, daß ein Kassierer durch besondere Umstände verhindert ist, dem Mitglied seine Marke rechtzeitig zuzustellen, z. B. durch dauernde Abwesenheit des Mitglieds während der Besuche des Kassierers. In die einmal der Fall, so muß sich das Mitglied seine Marke an der Abendkasse, wo alle in Betracht kommenden Marken vorrätig gehalten werden, erwerben. Außerdem können Marken in der Geschäftsstelle abgeholt werden.

Von der Gewerkschaft Sächsischer Staatsbeamten.

Diese vor einem Jahr neugegründete Gewerkschaft, die im Deutschen Beamtenbunde ihre Spitzenorganisation hat, hielt am 10. und 11. Mai ihre erste Vertreterversammlung in Dresden ab. Aus dem Geschäftsberichte des Vorsitzenden Eichler ergab sich, wie die Gewerkschaft trotz ungünstiger Verhältnisse sich gut entwickelt hat und wie es ihr möglich gewesen ist in dem ersten Jahre ihres Bestehens in weitestgehendem Maße im Interesse der sächsischen Staatsbeamten tätig zu sein. Diese Ausführungen wurden durch den zweiten Vorsitzenden Müllig ergänzt, der über den Beamtenabbau sprach. Die Tätigkeit der Gewerkschaft, insbesondere auch die Stellung ihres Organs, der „Sächsischen Staatsbeamten-Zeitung“ fand die allseitige Billigung und Anerkennung der Versammlung. Den Höhepunkt der Tagung bildete ein Vortrag des 1. Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes Hagen, Berlin, über programmatische Grundlagen des Deutschen Beamtenbundes. Er betonte die Notwendigkeit der Einheit der Beamtenschaft und hob hervor, daß der reifliche Zusammenschluß der ganzen deutschen Beamtenschaft nur auf parteipolitisch und konfessionell neutraler Grundlage erzielt werden könne. Diese sühliche Neutralität, über deren Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Vortragende sich verbreitete, sei im Deutschen Beamtenbunde vorhanden. Bezüglich der Form der Organisation erklärte er, daß sich als solche die der Gewerkschaft von selbst ergehen habe, da auch der Beamte, rein volkswirtschaftlich betrachtet, Arbeitnehmer sei. Es sei aber für diesen, da er, insofern das ganze Volk sein Arbeitgeber sei, die Arbeitnehmerereignis in anderem Sinne bestimme, nicht nötig und nicht möglich, in bezug auf die Organisationsform alles von den Arbeitern und Angestellten-Gewerkschaften zu übernehmen. Es bliebe außer dem Umstände, daß der Beamte als Mitglied des Volksganges selbst mit seinem Arbeitgeber sei, nicht außer acht bleiben, daß er, zum Unterschiede vom Arbeiter seine volle Arbeitskraft und seine ganze Persönlichkeit in den Dienst der Gesamtheit stellen müsse, daß also die Form der Gewerkschaft erfüllt werden müsse mit dem Geiste des Berufsbeamtentums. Notwendig sei aber auch für eine Beamten-Gewerkschaft Disziplin (Unterordnung unter das Ganze), Solidarität und Opferwilligkeit. Nach einer Erörterung des Führerproblems verbreitete er sich darüber, wie das ganze deutsche Volk an der Erhaltung des Berufsbeamtentums interessiert sei und wie es Arbeit am Volke sei, dieses Problem zu fördern. Zu einzelnen Fragen eingehend, verbreitete er sich über den Selbsterwerb des Deutschen Beamtenbundes, der das Beamtenrecht einheitlich regeln soll, über das Disziplinargesetz, das Beamtenratsgesetz, die Besoldung und die wirtschaftliche Selbsthilfe.

Im Anschluß an den Vortrag wurde eine Entscheidung angenommen, in der die vom Vortragenden begründeten Forderungen und Grundsätze ihren Niederschlag fanden.

Vom Landtage.

Unterm 2. Mai hat die Regierung dem Landtage eine Vorlage zugehen lassen, die die Notverordnungen enthält, die erlassen wurden, während der Landtag nicht versammelt war. Es handelt sich um folgende 10 Verordnungen:

Notverordnung

- vom 28. März zum Vollzuge der Dritten Steuernotverordnung und des Finanzausgleichsgesetzes;
- vom 29. März über eine Aenderung der Zuständigkeit für Wege- und Wasserfahren in der Ministerialinstanz;
- vom 29. März über Aenderung des Gesetzes über die Wahlen zu den Bezirksversammlungen, Bezirksausschüssen, Kreis- und Kreisamtsräten und innerhalb dieser Körperschaften vom 5. Juli 1910;
- vom 29. März über die Beamtenbesoldung;
- vom 29. März für Ausführung der Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht und zum Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt;
- vom 31. März betreffend Aenderung des Jugitersteuergesetzes;
- vom 1. April über eine zweite Aenderung des Forst- und Feldstrafgesetzes;
- vom 2. April zum Vollzuge der Dritten Steuernotverordnung und des Finanzausgleichsgesetzes;
- vom 12. April über die Aufbringung des Geldbedarfes der Handels- und Gewerbekammern;
- vom 18. April über eine Aenderung des Staatsbankgesetzes.

Kauf von Rotgeld. Die Sächsische Staatsbank ruft mit Wirkung vom 12. Mai 1924 sämtliche von ihr herausgegebenen wertbeständigen Rotgeld über Goldmark und Goldpfennige und zwar folgende Sorten zur Einziehung auf: 10, 20 und 50 Goldpfennig, 1, 2 und 5 Goldmark. Die Rotgeldscheine werden vom 12. Mai bis zum 12. Juni 1924 durch die Niederlassungen der Sächsischen Staatsbank in Dresden, Leipzig und Rostock in umlaufsfähige Zahlungsmittel eingetauscht. Die Kassen der Städte und Staatsbank der Oberlausitz, Kommanditgesellschaft auf Aktien in Bautzen, Rittau und Hirschfeld, der Landesbank Westsachsen Aktiengesellschaft in Auerbach, Plauen, Klingenthal, Unterförschenberg

und Falkenstein vermitteln die Einlösung. Bei Zahlungen in Goldmark nehmen die staatlichen Kassen in Sachsen weiterhin das Rotgeld bis zum 12. Juni 1924 an Zahlungsstatt an. Mit dem 12. Juni 1924 verlieren die Rotgeldscheine ihre Gültigkeit.

Eisenbahnrotgeld. Nachdem die Goldschahmweisungen des Deutschen Reiches von 1923 in Städten von 21 Mark = 5 Dollar und weniger als Zahlungsmittel mit Einlösefrist bis 30. d. M. aufgerufen worden sind, haben sich in der Öffentlichkeit Zweifel ergeben, ob auch das auf Dollar lautende wertbeständige Rotgeld der Deutschen Reichsbahn hiervon betroffen wird. Zur Beseitigung dieser Zweifel wird wiederholt darauf hingewiesen, daß sowohl das auf Papiermark lautende Rotgeld (Gutscheine der Reichsbahndirektionen und Papiermark der Reichsbahn) wie das wertbeständige Eisenbahnrotgeld bis auf weiteres nicht aufgerufen werden und deshalb im Umlauf bleiben, auch dann, wenn auf den Scheinen ein bestimmter Einlösungstermin genannt ist. Die Einlösung wird rechtzeitig und in weitestem Umfange durch die Tageszeitungen bekannt gegeben werden.

Ausperrung in Hauerode. Zur Lage im sächsischen Steinkohlenbezirk wird mitgeteilt, daß bei den zuerst in Verlin schwelenden Verhandlungen über die Lage im Ruhrgebiet auch die Ausperrung in Sachsen geregelt werden soll. Auch auf den staatlichen Werken in Hauerode wird gestreift, worauf auch dort die Ausperrung erfolgt ist.

Landbestagung des Volkskirchlichen Landesbundes in Jwidau. Der Volkskirchliche Landesbund hält vom 24. bis 28. Mai seine 4. Landbestagung in Jwidau ab. Die evangelische Bevölkerung Sachsens, die vor wichtigen Entscheidungen steht, soll dort ihre Macht beweisen. Prof. Hickmann spricht über die „Wiederentdeckung der Kirche“. Die Festpredigt hält Universitätsprofessor Dr. Dr. Rendtorff-Leipzig. Die Vorführung des Lutherfilms und ein Vortrag über kirchlichen Nachwuchs von Pfr. Barthelme-Leipzig werden die Tagung bereichern.

Gedächtnis- und Wiedersehensfeier der Sächsischen Grenadiere am 17. bis 19. Mai in Dresden. Der Brigadeführer lautet: „Schön Wetter!“ Denn es wird gebraucht zum Feldgottesdienst im Walde, zur Gedächtnisfeier im Ehrenhain des Garnisonfriedhofes und zum Festkommers, der im Garten der Ausstellung stattfinden soll. Aber auch zum Dampfschiffausflug in die Sächsische Schweiz am Montag, den 19. Mai, der mit einer imposanten Ufer- und Höhenbeleuchtung gekrönt wird, hoffen die Teilnehmer hart auf das herkömmliche Jahre Grenadierkommer. Grenadiere herbei! Dresden prangt für Euch im schönsten Blumen Schmuck! Anmeldeung bei Kamerad M. Verpösching, Dresden-W., Arnoldstr. 1.

Saatenzustand in Sachsen. Infolge der nassen und kalten Witterung während der Vegetationsperiode ist die Entwicklung sämtlicher Kulturpflanzen noch sehr im Rückstand und auch die Reife der Sommerfrüchte hat, wegen der großen Nässe im Boden und der häufigen Nachfröste, erst zum Teil ausgeführt werden können. Die Reifezeit der Sommerfrüchte ist daher, nach Auskunft des Statistischen Landesamtes, noch sehr lückenhaft und kann dieses Mal noch nicht als endgültig angesehen werden.

Der Stand der Winterfrüchte wird sehr verschieden beurteilt. Im allgemeinen sind die frühesten Saaten besser durch den Winter gekommen als die späteren; auch sind die Winterfrüchte bei Winterfroge häufiger als bei Winterwehen. Die Auswinterung ist zumeist durch hohe Schneewehen, Kaltröste und Mäusefraß verursacht worden. Bezüglich der Auswinterung der ausgewinterten Flächen verfaßt man sich vielfach abwartend, da die Winterfrüchte in der Entwicklung noch zurück ist und die letzten warmen Tage schon eine Besserung im Aussehen der Saaten gebracht haben.

Mit der Aussaat der Sommerfrüchte ist auf schwerem Boden kaum begonnen worden, auf leichteren Böden ist sie weiter vorgeschritten; im großen ganzen sind aber die Bestellungsarbeiten gegen normale Jahre um vier Wochen zurück. Einige Sommerfrüchte gehören infolgedessen noch zur Seltenheit.

Auch der Klee hat den Winter sehr verschieden überstanden. Wo der Stand dünn ist und sich Umpflügungen nötig machen, haben zumeist die Wäse das Feld unterwählt und dadurch eine Auswinterung des Bestandes verursacht. Weiter haben auch die Kleeplätscher durch Kleeerfresser und Kleeäcker Schaden gelitten. Von den Wiesen sind es zumeist nur die hochstehten Wiesen, die bisher in der Entwicklung neues Leben zeigen. Trotz des langen Winters ist die Wäseplage noch nicht verschwunden. Auf den 220 mit Rechten eingehangenen Saatenstandsarten lauten die Noten bei Winterwehen 23 auf sehr gut bis gut, 136 auf gut bis mittel, 58 auf mittel bis gering, 1 auf gering bis sehr gering (5 ohne Angabe). Bei Winterfroge liegt sich das Verhältnis wie 37:139:44:1 (1 ohne Angabe), bei Wintergerete wie 15:105:55:2 (5 ohne Angabe) und bei Klee wie 25:135:56:4 (2 ohne Angabe).

Plauen i. B. Durch Aufspringen auf einen fahrenden Eisenbahnzug ums Leben gekommen. Am Sonnabendmittag wollte auf dem Westbahnhof der 21jährige Zimmermann Kurt Wilsert aus Untertriebels, in dem steifen Industriewerke beschäftigt, den nach Eger fahrenden Personenzug zur Heimfahrt benutzen. Ehe der einsahrende Zug zum Halten gekommen war, sprang er, um sich bei dem Andränge einen Platz zu sichern, auf den noch ziemlich schnell fahrenden Zug auf, stürzte vom Trittbrett ab und kam unter

Lederwaren

- Reisekoffer Hartpappe . . . von 7.50 an
- Reisekoffer Echt Vulkanfibre . . . von 12.50 an
- Reisetaschen Leder, Maubügelform von 22.50 an
- Reisenecessaires gefüllt . . . von 8.25 an
- Aktentaschen Leder, mit Henkel . . . 8.75
- Damen-Handtaschen Leder, Kofferform 6.75
- Berufstaschen, Leder, mit Bügel von 4.95 an
- Einkaufsbeutel Leder, modern . . . von 4.50 an
- Rucksäcke gute Qual., in all. Größ. von 1.75 an

Große Auswahl in modernen Handtaschen

Kaufhaus Schocken

die Räder so er nach dem Halten des Auges schwer verlegt hervorgezogen werden mußte. Im Krankenhaus gab er kurz nach der Entlieferung seinen Geist auf.

Waldburg. Jugendlicher Leichtsinn. Vorige Woche füllte der Sohn des Posthalters D. im Hofe den Behälter eines Lastkraftwagens mit Benzol, wobei kleinere Mengen zur Erde flossen. Diese Tropfen zündete der 15jährige Sohn eines Nachbarn trotz Verbots an; sie zündeten sich brennend der bis an den Rand gefüllten Benzoltanne mit, die dadurch in Brand geriet, sobald die Flammen und die Rauchwolken handhoch emporstiegen. Da die größte Gefahr drohte, mußte die Feuerwehr alarmiert werden, der es gelang, das Feuer durch Verschütten der Benzoltanne Herr zu werden. Wäre dies nicht gelungen, so hätte das größte Unglück passieren können, da in ganz geringer Entfernung ein Schwimmbad steht, in dem Benzolwasser bis zu 1000 Liter Inhalt lagern.

Selzig. Riesenraub bei Althoff. Ein überaus frecher Einbruchdiebstahl ist in der Nacht zum Montag in das Warenhaus Althoff verübt worden. Die Diebe entwendeten eine große Anzahl von Stücken aus der Herren- und Damenkonfektion, Kleiderstoffe, Lederjacketen usw. Der Wert des gestohlenen Diebesgutes beläuft sich auf 28 000 Goldmark. Ein Teil der Ware, etwa im Werte von 20 000 Mark, konnte den Diebstohlen wieder zugeführt werden. Ueber die Täter ist nichts bekannt.

Neues aus aller Welt.

Neue Schieferer in Halle. Gestern Abend kam es vor dem Gebäude der kommunistischen Produktivgenossenschaft zu einer Schieferer. Die herbeigerufene Polizei nahm sofort eine Durchsuchung der Restaurationsräume vor. Die Kommunisten behaupteten, daß von einem Trupp Stahlhelmlente ein Anschlag auf die Produktivgenossenschaft versucht worden sei, während von anderer Seite behauptet wurde, daß zuerst aus der Produktivgenossenschaft geschossen worden sei. Der „Klassenkampf“ schreibt dazu, daß das Gebäude von mit Revolvern ausgerüsteten Leuten belagert worden sei. — Weiter kam es am Montagmorgen gegen 4 Uhr in der Lerchenfeldstraße zu einem Zwischenfall. Dort wurde ein Polizeibeamter, der zur Beschlagnahme von Flugblättern schritt, bedroht. Eine Person rief dem Beamten die Pistole mit Tasche vom Koppel und wollte damit auf ihn einschlagen. Der Beamte machte darauf von seiner Dienstwaffe Gebrauch, wobei es ihm gelang, die Pistole wieder in seinen Besitz zu bringen. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Ein Opfer des Riesengebirgssturms gefunden. Am Schwengrunde wurde die Leiche des am 30. Dezember verunglückten Stülckers Max Stiefel gefunden. Am 30. Dezember geriet er mit zwei Kameraden im Schwengrunde in einen furchtbaren Schneesturm. Die beiden Gefährten mußten den völlig erschöpften Stiefel zurücklassen, der so ein Opfer des Riesengebirgssturms wurde. Sie selbst erreichten mit vieler Mühe die Grenzbaude. Stiefel war 22 Jahre alt und der Sohn eines Fabrikbesizers in Rärnberg.

Deutsch die erste fremde Sprache in Rußland. Während in Rußland von 1914 bis 1918 in allen Schulen die deutsche Sprache streng verboten war, findet das Deutsche seit 1918 in Rußland immer größere Verbreitung. Das russische Unterrichtsministerium hat neuerdings angeordnet, daß für sämtliche mittleren Schulen, Gymnasien und Hochschulen die deutsche Sprache als die erste Fremdsprache für Rußland zu gelten habe. In diesen Bezirken erlernen selbst die Volksschüler die deutsche Sprache.

Nur drei Zeilen.

Wie es heißt, finden gegenwärtig zwischen der deutschen und russischen Regierung Verhandlungen darüber statt, ob in der Frage des Berliner Zwischenfalls ein Schlichtungsverfahren durchführbar ist.

In der vergangenen Woche ist in München ein gewisser Lönntz im Zusammenhang mit der Ermordung des Reichsministers Rathenau und im Anschluß an die Verhaftung des Studenten Günther Brand festgenommen worden.

Polizeioberst v. Seifer ist, wie die München-Maxburger Abendzeitung von zuverlässiger Seite erfährt, keines Amtes enthoben worden. Ein Mittrittgesuch hatte er vorher nicht eingereicht.

Die Abwärtsbewegung des französischen Franken setzt sich fort.

Nach dem „Temps“ hat der Ministerrat den Finanzminister Marsal beauftragt, alle Maßnahmen zu treffen, um etwaigen Manövern gegen den Franken vorzubeugen.

Das rumänische Königspaar ist gestern nachmittag zu einem staatlichen Besuch am englischen Hofe eingetroffen. Nach Daily Telegraph sollen keinerlei diplomatische oder wirtschaftliche Erörterungen stattfinden.

Letzte Drahtnachrichten.

Wieder blutige Schießereien zwischen Kommunisten und Nationalisten.

Delisch bei Halle, 14. Mai. Am Dienstag nachmittag kam es hier zu Schießereien zwischen Kommunisten und Stahlhelmlern und Jungsozialisten, die gegen Abend einen bedenklichen Charakter annahmen. Auf beiden Seiten gab es Schwerverletzte. Die zu Hilfe gesandte Bitterfelder Schutzpolizei löste die Schreien und nahm Gasmasken mit. In einem Hause wurde die Leiche einer Stahlhelmlernin gefunden. 10 Uhr abends schien die Ruhe wiederhergestellt zu sein, da jedoch um Mitternacht von dem Germanischen kommunistischen Werkstätten verläutete, rückte 2 Uhr früh von Bitterfeld ein weiterer Zug Schutzpolizei nach Delisch.

Wer wird französischer Kammerpräsident?

Paris, 14. Mai. Als Kandidaten für die französische Präsidentschaft der Kammer werden nach dem „Echo de Paris“ namentlich Franklin Bouillon, Justin Godart und der ehemalige Ministerpräsident Painlevé genannt, die sämtlich den Radikalen angehören. — Wer der Nachfolger Polancores werden wird, ist noch immer sehr unsicher, neuerdings wird hierfür besonders Herriot genannt.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Selbmann. Druck u. Verl.: Kuer Druck- u. Verlags-Gesellschaft, m. b. H., Kue.



Sanatorium v. Zimmermann'sche Stiftung Chemnitz 24.

Freie Höhenlage. Vorzügliche Kurenrichtungen. Individuelle Behandlung. Seelische Beeinflussung. Beste diätetische Pflege. Behandlung von Nerven- u. allen Organleiden, Kopfschmerz, Magen- u. Darmleiden, Zuckerkrankheit, Frauenleiden, Lähmungen, Auschlag, usw. Abkürzungs- und Stoffwechselkuren. Ausführlicher Prospekt. Telefon 2150. Chefarzt: Dr. Loebell.

Husten Sie?

so kaufen Sie die millionenfach bewährten Krügerol-Katarrh-Bonbons mit dem antiseptisch wirkenden Zusatz und Sie werden nie wieder etwas anderes wählen. Überall zu haben, wo die Reklame im Fenster.

UNSERE SCHUTZMARKE
ZIGARETTENFABRIK LESSING & CO.

PROBET
Lessing-
Piopa 3.8
mit Gold, Doppelformat
Swist 5.8
mit Gold, in Blechverpackung, Doppelformat
Prara 5.8
rein türkische Edel-Honigzelle

SIE ÜBERTREFFEN ALLES DAGEWESENE!

FRANKFURT AM MAIN

Erste Auer Dampfwäscherei und Neuplättereier

für Kragen, Manschetten, Oberhemden, Hauswäsche.
Werkstatt beste Ausführung.

Die Verwendung von Chlor oder sonstigen Bleichmitteln ist unter Garantie in meinem Betriebe ausgeschlossen.
Ca. 20 Annahmestellen in der Umgebung.
Kleinste und leistungsfähigste Plättereier des Riesengebirgs

J. Paul Breitschneider, Aue :: Fernruf 381.

Johannes ABB
Korb- u. Möbelfabrik
Korb- u. Möbelfabrik
Korb- u. Möbelfabrik

Korb- u. Möbelfabrik
Korb- u. Möbelfabrik
Korb- u. Möbelfabrik

Betonkies, Beton- und Mauersand

liefert preiswert

Großermuther Sand- und Kleswerk, G. m. b. H. Großbothen.

Zöpfe

Augenfabrik, Aue
Wettinerstr. 14, Wettinplatz

Ich kann

Apotheker Haber's Radiumseife und Radiumkrem in meiner Familie nicht mehr entbehren, schreibt eine dankbare Kundin. Zu haben in allen Apotheken und Drogerien.

Drucksachen

für Familien- Angelegenheiten liefert schnell und in bester Ausführung die Buchdruckerei **AuerTageblatt** Ernst-Papst-Straße 19.

Dr. Thompson's Seifenpulver

macht die Wäsche blendend weiß.

Carola-Theater Aue
Wettinerstraße 15

Donnerstag bis Sonntag
Fortsetzung des amerikanischen Episodenfilms

Aus den Tagen Buffalo Bill's

3. Episode: 6 Akte
„Heimatlos“

Um Weib und Kind

Ein ganz hervorragender Abenteuerfilm aus der Südsee in 5 Akten. Dieser ganz hervorragende Goldwyn-Film war lange Zeit von der Polizei-Zensur verboten, infolge der kolossalen Kämpfe Hunderter von schwarzen Eingeborenen. Ein Prachtwerk von Aufnahmen, wie man sie selten zu sehen bekommt.

Beginn der Vorfürhrungen: Wochentags Anfang 6 Uhr. — Sonntags 2 Uhr. Sonntag von 2 bis 6 Uhr Jugendvorstellungen.

Brate mit Gas!

Es erspart täglich Geld, Mühe und Zeit. Durch die eigenartige Bauart der Apparats werden Braten saftiger, wohlschmeckender und erfordern weniger Fettzulag.